



Josef Hovenjürgen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Landtag NRW • Josef Hovenjürgen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Ralf Jäger
Friedrichstr. 62 - 80
40217 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2788
Fax: (0211) 884-3316
E-Mail: josef.hovenjuergen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Minister Jäger,

im Streit um den Haushaltssanierungsplan 2017 der Stadt Haltern am See und den degressiven Abbau der Konsolidierungshilfen des Stärkungspaktes ab dem Jahr 2019 möchte ich an Sie appellieren, mit der Stadt Haltern am See eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.

Hier geht es nicht nur um Konsolidierungshilfen in Millionen-Euro-Höhe für die betroffene Stadt, sondern um die grundsätzliche Akzeptanz des Stärkungspaktes Stadtfinanzen vor Ort. Wenn letztlich die Bürgerinnen und Bürger für die Fehler der Aufsichtsbehörde bei der Beachtung des degressiven Abbaus der Konsolidierungshilfen in den Haushaltssanierungsplänen der Vergangenheit haften müssen und über Erhöhungen von Steuern, Gebühren und Abgaben finanziell die Folgen zu tragen haben, ist dies nicht vermittelbar und hinnehmbar.

Es darf nicht einfach ignoriert werden, dass es letztlich die Bezirksregierung war, die für die jetzigen Probleme der Stärkungspaktkommune verantwortlich ist. Jahrelang wurden die Haushaltssanierungspläne der Kommune genehmigt. Nie gab es Beanstandungen seitens der Bezirksregierung, dass der Abbau der Konsolidierungshilfen nicht degressiv geplant sei. Auch die Bezirksregierung Münster räumte bereits ein, dass dies kein Fehler der Kommune war, sondern die Aufsichtsbehörde eine Klarstellung der Landesregierung aus dem Jahr 2012 nicht richtig angewendet habe.

Die Stadt Haltern am See hat ihre Vorgaben aus dem Stärkungspakt kontinuierlich umgesetzt und viele harte und schwierige Entscheidungen umsetzen müssen. Dass jetzt die Entsendung eines Beauftragten durch Ihr Haus im Raum steht, der letztlich die Hebesatzerhöhungen anstatt des Stadtrates vornehmen wird, ist angesichts der Ursache unangemessen. Eine solche Haltung des Innenministeriums wäre völlig angebracht, wenn es ein Verschulden der Kommunen gegeben hätte. In der Bewertung der Folgen für die Stadt Haltern am See aber muss berücksichtigt werden, dass es gerade kein Fehler der Stadt war.

Daher bitte ich Sie eindringlich darum, alle Möglichkeiten der Hilfestellung zu nutzen und kooperativ mit der Stadt Haltern am See eine gemeinsame und von beiden Seiten vertretbare Lösung um den degressiven Abbau der Konsolidierungshilfen für die Zukunft anzustreben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Krenn'.